Antrag 22/I/2023
KDV Neukölln
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Freie Sicht & Frischluft garantieren - Werbeverhängung von Wohn- und Bürohäusern verhindern!

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf sich dafür einzusetzen, dass:

- kurzfristig, maßgeblich erhöhte Bußgelder für nicht-genehmigte Verhüllungen, sodass Verhüllungen für die Besitzer*innen von genutzten Wohn- und Bürohäusern nicht mehr attraktiv sind
- langfristig, das generelle Verbot von Werbeverhüllungen von genutzten Wohn- und Bürohäusern

Begründung

Werbung ist allgegenwertig im öffentlichen Raum. Auf Litfaßsäulen, digitalen und analogen Plakatwänden oder auf Häuserwänden – Werbung zu entgehen ist kaum möglich. Während alle Formen der Werbung mindestens kritikwürdig sind, ist insbesondere die Werbung auf Häuserwänden für die Menschen, die sich regelmäßig in diesen Häusern aufhalten, eine große Belastung. Durch die Verhüllung von Häusern mit gigantischen Werbebannern wird nicht nur die Frischluftzufuhr massiv eingeschränkt, sondern auch die Versorgung mit Tageslicht. Dies sind notwendige zentrale Aspekte der Lebensqualität, die bei längerem Ausfall zu gesundheitlichen Schäden führen können. Besonders schwerwiegend ist dies bei Wohnhäusern, aber auch bei Bürogebäuden kann es zu negativen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer*innen kommen.

Dennoch kommt die Verhüllung von Häusern immer wieder vor. Diese muss in der Regel vom zuständigen Bezirk genehmigt werden, allerdings kommen auch immer nicht-genehmigte Werbeflächen vor. Dies lässt sich damit erklären, dass die Werbenden den Besitzer*innen der Gebäude so viel bezahlen, dass die Verhängung trotz eventuellen Bußgelds mehr als rentabel bleibt. Für die Betroffen macht es allerdings keinen Unterschied, ob ihre Wohnung oder ihr Büro von einer genehmigten oder nicht-genehmigten Werbung verdunkelt wird. Oftmals werden die Werbeplakate unter dem Vorwand von Renovierungsarbeiten angebracht, die dann aber nicht stattfinden.

Immer wieder kommt es daher in den letzten Monaten und Jahren in verschiedenen Berliner Bezirken zu Beschwerden, insbesondere von Mieter*innen. So wurde beispielsweise im November 2022 öffentlich, dass ein Vermieter in Neukölln ohne Genehmigung mehrere Seiten des Wohnhauses mit einem riesigen Werbebanner verhüllen lies. Die Mieter*innen wandten sich an die Presse und den Bezirk und konnten durch ihren Protest erwirken, dass

das Plakat abgehängt wurde, anstatt, wie ursprünglich geplant, für sechs Wochen zu hängen. In Charlottenburg-Wilmersdorf verhüllte ein Plakat sogar zwölf Monate ein Wohnhaus, was die Lebensqualität der Mieter*innen massiv einschränkte.

Bei diesen Werbeverhüllungen werden Kapitalinteressen eindeutig gegen die Rechte von Mieter*innen ausgespielt. Als Sozialdemokrat*innen besteht hier kein Zweifel, dass wir eindeutig auf der Seite Mieter*innen stehen.